

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Preis 12 Sgr. 6 Pf. für den Monat, 36 Sgr. für den Quartal, 120 Sgr. für den halben Jahr, 240 Sgr. für den ganzen Jahr. Einmalige Beiträge 2 Sgr. 6 Pf. für die Expedition, 1 Sgr. 3 Pf. für die Post. In den Provinzen durch die Postämter zu beziehen. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Clesch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Verkauf von...
Kauf von...
Verkauf von...
Kauf von...

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Clesch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt. Nr. 154. Neunzehnter Jahrgang. Dresden, Mittwoch, 3. Juni 1874.

Politisches.

Außer der directen Wirkung, welche die nächsten Kammerbeschlüsse auf den sächsischen Eisenbahnbau ausüben werden, — für viele Orte ist die Bahnfrage von großer Wichtigkeit, für andere geradezu eine Existenzfrage — werden die Verhandlungen auch eine indirecte Wirkung üben. Die zurückgesetzten Orte werden bei den Opportunitätsgründen der Kammer nicht Berücksichtigung fassen und naturgemäß auf die Sondirung der Frage hingedrängt werden, ob und unter welchen Verhältnissen die Schöpfung von Secundärbahnen empfehlenswerth oder nöthig sei. Gerade Sachsen, mit seiner lebhaften Industrie, seiner dichten Bevölkerung, seinen Montanerzeugnissen und seiner geographischen Lage, wird die Secundärbahnfrage zu lösen berufen sein, wie es vor circa 35 Jahren dem Eisenbahnbau überhaupt zuerst forderte.

Warum Secundärbahnen, warum nicht schlichtweg Normalbahnen? ist leicht entscheidbar. Secundärbahnen kosten bloss $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ der Normalbahnen und sind auch da anwendbar, wo Normalbahnen nicht zweckdienlich sein würden. Im Allgemeinen (nicht in jedem Fall!) ist das sächsische Bahnnetz so dicht, daß ziemlich alle locutionen Bahnen gebaut sind. Sollen die nicht rentablen umgebaut bleiben und ganze Districte verarmen? Oder will man billigere Bahnen bauen, die ihre Zinsen tragen?

Letztere Nothigung führte auf den Secundärbahnbau. Was macht die Normalbahnen theuer? Die Solidität der Ausführung, die mit Tunnel und Brücken herzustellende annähernd geradeförmige Linie. Dazu die Solidität? Weil 1. die Größe und Schwere der Waggonen (bis zu 8 Achsen), 2. der Locomotiven, 3. die Schnelle des Fahrens, 4. die Sicherheit des Nachdienstes, 5. die hierbei erforderliche Beamtenschaft, den Bau und den Betrieb vertheuern. Für den Weltverkehr wohlbesichertes Binnenland haben, und durch dieses querdurch sich untereinander verbinden wollen — da tritt die Secundärbahn ein.

Ihre Rentabilität bedingt sich durch billigeren Betrieb; es entfallen die schweren Durchgangsgüter- und die Schienen wie Bahnkörper bald ruinirenden Courierzüge; die Schienen dürfen daher schwächer, die Schwellenlage leichter, die Bahndämme billiger constructirt werden; auch bleibt es offene Frage, die Spurweite enger und daher die Waggonen billiger und leichter zu fabriciren. Der Nachdienst mit allen Vertheuerungen fällt fort. Da es nicht darauf ankommt, zwei Weltstädte geradlinig schnell zu verbinden, sondern möglichst vielen kleinen zwischenliegenden Orten zu nützen, so sucht die Secundärbahn keine gerade (theuere) Linie auf, sondern Fabriken, Mühlen, Weiler, Dörfer, und wird im Wesentlichen dem Lauf der Flüsse, den Windungen der Thäler, dem Tract der Straßen sich anschmiegen und möglichst allen Verkehr an sich bringen durch ausdehnend viele Haltepunkte. Im Flachland müssen theure Grundcomplexe (z. B. zum Wegereisen, wie es die Normalbahn erfordert) vermieden, im Gebirge nur allmähliche Steigungen gebaut, von Sprengungen und Ueberfahrungen abgesehen werden. Auf diese Art Bahnen findet das Wort des Ministers v. Friesen: sie seien verbesserte Chaussees, vollste Anwendung. Zu ihnen bedarf es selten der Staatshilfe. Gemeinden und Industrielle werden meist die Baukosten selbstständig aufbringen und durch sparsamen Betrieb und verständige Fahrpläne amortisiren können — jedenfalls genügend verzinsen.

Jene Gemeinden und Private also, die aus dem Füllhorn der Kammerbewilligungen diesmal nichts erhalten, die niedergeborenen Blüdes neidvoll auf die beglückteren Concurrenten rechts und links schauen — die mögen müthig und unverdrossen der Frage nahe treten, ob ihnen nicht durch Secundärbahnen zu helfen sei. Unter manchen Schriften, welche hierüber belehren, ist die vom Oberbau rath Sorge verfaßte die empfehlenswerthe, da sie speciell die Secundärbahnen Sachens betrifft.

Der Normalbahnbau ist ohne Frage in ein neues Stadium getreten. Die Ueberproduction an Bahnen hat Liquidirungen und Fusionen im Gefolge gehabt. Einige gute Linien — z. B. Dresden-Schandaubrandeburg und einige andere — wird man noch in Sachsen bauen und sie werden dem Staat oder den Unternehmern goldene Früchte tragen. Im Lanbinnern, im Gebirge, zur innigen Verbindung der Localinteressen, wird aber nur noch der Secundärbahnbau eine Zukunft haben, und es ist nützlich, das jetzt in das Auge zu fassen.

Locales und Sächsisches.

Der Großherzog und die Großherzogin von Baden haben gestern die hervorragenden Kunstsammlungen besucht. Das Diner fand wieder in Strehlen statt. Nach dem Diner gedachten Ihre Majestäten, wenn das Wetter schön blieb, mit Ihren hohen Gästen eine Partie nach der Bastei zu unternehmen; die Abreise nach Berlin erfolgte heute früh 4 Uhr 20 Minuten.

Die öffentliche Verlosung der in den Jahren 1852, 1855, 1858, 1859, 1862, 1866, 1868 und 1869 creirten 4proc. Staatsschulden-Cassenscheine, der an Stelle der ehemaligen Albertseisenbahn-Actien ausgefertigten 4proc. Staatsschulden-Cassenscheine vom Jahre 1870, und der im Jahre 1871 durch Abhempefung in 3 $\frac{1}{2}$ proc. und beziehentlich 4proc. Staatspapiere umgewandelten Lebau-Zittauer Eisenbahn-Actien, deren Rückzahlung planmäßig den 2. Januar 1875 zu erfolgen hat, soll den 22. d. M. und folgende Tage, Vormittags von 10 Uhr an, im hiesigen Landhause 1. Etage stattfinden. Die am 30. Juni zahlbaren Capitalien und Prämien der 4proc. Staatsschulden-Cassenscheine von den Jahren 1852/68, der Albertseisenbahn-Prioritätsobligationen, der 4proc. Staatsschulden-Cassenscheine vom Jahre 1869, und der an Stelle der Albertseisenbahn-Actien getretenen 4proc. Staatsschulden-Cassenscheine vom Jahre

1870, ingleichen auch die Zinsen von allen königlich sächsischen Staatspapieren, welche am 30. Juni oder 1. Juli d. J. fällig sind, können bereits vom 18. Juni d. J. an gegen Rückgabe der betreffenden Kapitaldocumente und Zinscoupons bei der Staatsschuldenkasse hiersebst oder bei der königlichen Lotteriedarlehenskasse in Leipzig erhoben werden.

Landtag. 2. Kammer. Der Antrag der 2. Deputation (Ref. Vöhlpp): Die 2. Kammer wolle im Vereine mit der 1. Kammer dem Landtagausschuß zu Verwaltung der Staatsschulden rathschäßig der von demselben über die Verwaltung auf das Jahr 1870 abgelegten Rechnungen Justificationscheine ertheilen, land einstimmig angenommen. — Wegen Aufnahme einer neuen 4proc. Anleihe des außerordentlichen Budgets für die Deckung der Bedürfnisse des außerordentlichen Budgets ist nöthig, hatte die Staatsregierung um die Ermächtigung nachgesucht, die Summe von 6 Millionen beim Reichsbankfond, jedoch vor, den von der Verwaltung des gedachten Fonds dargebotenen Credit von 16 Millionen voll auszunutzen und daher ein Darlehen von 8 Millionen anzunehmen, um die durch den Verkauf von 4proc. Staatspapieren aufzunehmende Summe im Interesse des Staatscredits und der möglichen Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Coursstandes dieser Papiere auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen. Von der Deputation wurde zuerst die Regierung ersucht um Mittheilung aller die disponiblen Mittel; dem wurde von der Regierung antwortet und beantragte darauf die Deputation in ihrer Majorität: den Antrag dahin zu ändern, statt 6 Millionen 8 Millionen dem Ankaufsdarlehen zu entnehmen, es würden dann immer noch $\frac{1}{2}$ Mill. bis 1 $\frac{1}{2}$ Mill. Reibbetrag für das außerordentliche Budget eintreten, zu deren Deckung oder bei den jetzt gänzlichem Coursverhältnissen eine größere Anzahl von Staatspapieren zu verkaufen. Die Minorität (v. Döhl, v. Cölln, v. Cölln) schlägt vor, nur 6 Millionen zu entnehmen, dagegen eine gehörige Serie von Staatspapieren (4 proc.) zur Deckung des Deficits zu benutzen, da, falls zwei Papiere auf den Markt geworfen würden, ein das andere drücken müßte. Die 4proc. Sachsen ständen übrigens fast pari. Die Debatte war sehr interessant, indem Fahnauer nicht weniger als viermal heftige Angriffe gegen die Regierung richtete. Das, was die Majorität fordert, sei eine Vertheuerung, welcher die Regierung beigetreten; er bewillige aber keine Vertheuerung mehr, als sie verlange, u. s. w. Die Regierung habe 3 Millionen in der Casse und trage dem machte sie der Kammer weiß, sie brauche eine Anleihe. Er wolle überhaupt wissen, wie es mit den 5 Millionen stünde, und sie wolle wissen, ob sie mit den 5 Millionen auszukommen mit möglichen Verluste. Minister von Friesen antwortete mit dem ihm eigenen Wohlwollen: der besetzte Ober-Fahnauer befände sich in einem kleinen Irrthum; eine Vertheuerung läge nicht vor, und eigentlich sei es unter demwärtigen Umständen und nach Lage der Sache ziemlich gleichgültig, ob nach dem Wunsche der Majorität 3 Millionen oder 6 Millionen aufgenommen würden; er halte aber das erstere für besser. Die von Fahnauer bezweifelten 5 Millionen und noch etwas mehr seien in der Staatscasse ganz richtig vorhanden. Fahnauer: Das, was der Minister da gesagt, seien ja schlichte Grundfälle. Präsident Dr. Schaffrath: Bei der jetzigen Bedeutung des Wortes Reibbetrag müßte er diesen Ausdruck wieder die parlamentarische Ordnung erklären. Fahnauer meinte noch: man möge aber seine Meinung denken: es ist eine Fahnauer'sche; das ist ihm gleichgültig, er habe gesprochen, wie er gemuthet. Für die Majorität ergiebt sich kurz, meist gegen Fahnauer verwendet, noch der Referent Dr. Windisch, Jordan und Meiner das Wort, für die Minorität im Sinne Fahnauer's, aber bedrückt milder, v. Döhl läßt es. Das ganze Decret wurde nach dem Majoritätsbeschlusse gegen die 8 Stimmen der Abg. Meier, Schaffrath, Schmor, Wigand, Deuer, Fahnauer, Gentel und Veidner angenommen.

Die 1. Kammer hatte gestern den Bericht ihrer zweiten Deputation (Ref. v. Erdmannsdorff) über die Petitionen zu Herstellung von Staatsbahnen resp. Concessionen zu Privat-Eisenbahnen zu beraten. Fast ohne jegliche Debatte wurden die Beschlüsse der Deputation angenommen, zuerst daß die Regierung bei Ertheilung von Concessionen zu Privat-Eisenbahnen die zu ergebende Caution in einer Höhe von mindestens 5 Proc. des Nominalwerthes festsetze. Einen Antrag der 1. Kammer über das System der Secundärbahnen (was dies ist, brauchen wir da es im heutigen Blatte unter „Politisches“ genaujam erklärt ist, nicht noch einmal zu sagen) wurde dahin angenommen, daß man das Ministerium auffordere, sorgfältige Erörterungen darüber und deren Anwendung in Sachsen anzustellen, das Reultat den Ständen aber mitzutheilen. Auch hier fand keine Debatte statt. Einzig und allein nur bei einem 3. Punkte im Antrag, welcher dahin ging, daß verfallene Cautionen von Bahnen den durch Expropriation geschädigten Grundstücksbesitzern zu überweisen, falls sie noch nicht von den Bahnerbauern entschädigt worden seien. Diesen Antrag hielt für sehr wichtig der Antragsteller und auch die Art trat dessen Anschauungen bei, trotzdem Minister von Friesen ihn für mindestens überflüssig erklärte. Ferner brachte die Deputation noch einen sehr wichtigen und wie uns scheint, auch sehr richtigen Gesichtspunkt zur Sprache. Undwärts hat man mit sehr gutem Erfolge die Maßregel ergriffen, bei Eisenbahnprojecten, deren Finanzierung auf Schwierigkeiten stößt, die Gegenden zur Mittheilung zu ziehen, welche von der Bahn durchschnitten werden und an dem Zustandekommen derselben wesentliches Interesse haben. Man hat in solchen Fällen die Hälfte des erforderlichen Capitals durch Stammactien, die andere Hälfte durch Prioritätsactien, welche an den Markt kommen, aufgebracht, und Städte, großen Grundbesitzer und Gewerbetreibende, welche von der Bahn hauptsächlich Nutzen ziehen, veranlaßt, den auf die Stammactien entfallenden Antheil aufzubringen und die Garantie zu übernehmen, auf Zinsen so lange zu verzichten, bis die Zinhaber der Prioritätsactien 5 Proc. haben. Meistens erwächst den Stammactionären oder außer den großen aus der Benutzung der Bahn gezogenen wirtschaftlichen Vorteilen noch immer, wenn die Bahn nur halbwegs lebensfähig ist, auch noch eine Waarver-zinsung ihrer Stammactien, so daß sie dann einen doppelten Gewinn haben. Die Prioritätsactien sind aber leicht zu verschaffen, da eben eine insprocentige Verzinsung garantiert ist. Auf diese Weise sind schon so mancher Gegenstand der Segnungen des Bahnerbaues zugeführt worden. Bestreben muß es nun, daß dieser Weg in Sachsen noch gar keinen Boden gewinnt. So manche Gegenden, welche keinen Landtag auf der Regierende der Eisenbahnpetitionen fehlt und fort und fort um Staatsbau bittet, oder nach allen Seiten hin auf Geldmänner laubet, ist noch immer nicht dazu gelangt, selbstständig Geld und Ruh zu rühren, oder richtiger gesagt: den eigentlichen Geldsack zu öffnen. Welcher der last ganz debattelosen Verhandlung der einzelnen Voten trat man nur in 7 Punkten den Beschlüssen der letztgenannten Kammer bei. Bei allen übrigen Voten wurde Vertheilung mit der 2. Kammer erzielt. Was besonders

die rechte Gduser-Linie Dresden-Zettich betrifft, welche und Dresden am meisten interessiert, so wird beschlossen, die Concession für den Bau im Interesse der Staatsbahn nicht zu gewähren. Nicht weniger als 23 Voten-Petitionen lagen vor und sämtliche wurden abgelehnt. Die Bahn Westheuer-Wauen, welche Zeller warm verteidigte, verfiel ebenfalls diesem Schicksal, nur die Kollenbahn Zettich-Hohenstein kam besser weg, da die Regierung beauftragt wurde, Vorarbeiten zur zweckmäßigen, alle Interessen betriebligende Herstellung einer Linie vorzunehmen, aber den Bau auf Staatskosten abzulehnen. Das Reultat war also ein rein negatives. Man wolle bei der großen Entwicklung der Bahnen in Sachsen, so hieß es im Bericht, nicht ein festes Princip (Staatsbau) aufzwingen; bei jedem einzelnen Falle müßte genau und sorgfältig geprüft werden, was ist das Beste: Staats- oder Privatbau? Die Gesamtentwicklung des Verkehrs müsse stets naturwüchsig gewahrt werden. Bei Expropriationen müsse ferner der Staat nur berechtigt sein, das Eigentum des Grundbesitzers zu enteignen, wenn unabweisbares Bedürfnis vorliege oder das Staatsinteresse es erfordere.

Im „Dr. Journ.“ wird officiös gemeldet, daß die königl. Staatsregierung die mit der Chemnitz-Aue-Adorfer Bahngesellschaft geführten Verhandlungen über den Ankauf der Bahn abgebrochen habe, nachdem sie aus der Bilanz ersehen, daß derselben noch sehr bedeutende baare Geldmittel zur Verfügung ständen. Sollte es der Regierung mit der Erwerbung der Bahn überhaupt Ernst gewesen sein — und wir denken nicht daran, dies zu bezweifeln — so verstehen wir wenigstens die Motive nicht, aus denen die Regierung ihr früheres für die von der Bahn berührten Gegenden höchst segensreiches Vorhaben aufgegeben hat. Soviel uns bekannt, brohen der Bahngesellschaft schon in nächster Zeit ernste Verlegenheiten daraus, daß der mit der Sächs. Eisenbahngesellschaft abgeschlossene Generalbauvertrag zu den größten Differenzen Veranlassung giebt. Die bisherigen Versuche, diesen Bauvertrag zu lösen, sind daran gescheitert, daß die Bahngesellschaft in Verbindung mit der Baubehörde einen sehr starken Kostenstammactien der Bahn gezeichnet hat, von denen sie dann befreit werden mußte. Einen andern Zeichner für diese Actien zu finden, ist bei der jetzigen Krise aber unmöglich und würde daher nach Austritt der Bahngesellschaft, der auch von dieser gewünscht werden soll, eine nicht unbeträchtliche Summe zur Fertigstellung der Bahn fehlen. Wie wir hören, war auch bei jenen Verhandlungen ein sehr ansehnliches Opfer, welches die Bahngesellschaft dem Staate bringen wollte, in's Auge gefaßt. Wir sollten daher meinen, die Regierung hätte die vortheilhafteste Gelegenheit, das Reich ihrer Staatsbahnen billiger zu vergrößern, zugleich aber dem oberen Erzgebirge die längst ersehnte Bahnverbindung zu sichern, nicht so rasch wieder von der Hand weisen sollen.

Die in Leipzig am Sonntag Nachmittag im Eldorado stattgefundene Verammlung der Fortschrittspartei des 13. Wahlkreises war von ungefähr 100 Personen besucht. Höy aus Lindenau verbreitete sich über die Principien der zu gründenden Fortschrittspartei und äußerte unter Anderem: Der ideale Zug für Freiheit und das Ringen nach politischen Rechten sei bei der Jugend verloren gegangen. Wir leben in einer Zeit des fortwährenden Erwerbeseifers und raschen Genußes; schnell erlangen, wenig arbeiten und sich begnügen mit den von den Alten gemachten politischen Errungenschaften, dies sei das Princip unserer jetzigen Jugend. Redner unterzog die gegenwärtig bestehenden politischen Parteien einer Characteristik, welche darauf hinzielte, daß es unbedingt nöthig sei, eine neue politische Partei, eine Fortschrittspartei zu gründen. Als allgemeine Stellung und Ziele derselben bezeichneter Redner: Auf dem Boden des Gesetzes stehen, und der politischen Errungenschaften freuen, jedoch Schritt vor Schritt dem Ziele zustreben, daß der Wille des Volkes zur Geltung gelange, vor Allen aber Bildung im Volke anzustreben, damit dasselbe sich aus der politischen Erschlaffung aufraffe und nicht nur dafür Sorge, daß nur der Wagen gefüllt werde. Die jetzige Fortschrittspartei habe in letzterer Zeit sich als solche nicht bewährt und wäre es zu bebauern, daß unter den parlamentarischen Persönlichkeiten sich so viele Welterfahren befänden. Die zu gründende Fortschrittspartei müsse sich bestreben, den Anstand zu wahren, den übrigen Parteien gegenüber Toleranz üben und freundschaftlich mit ihnen verkehren, denn in jeder Partei sei etwas Wahres. Nie dürfe die Fortschrittspartei in den Fehler verfallen, andere Parteien zu verleumben und zu verächtigen, wie dies stets von Seiten der national-liberalen Partei hauptsächlich durch ihr Organ, das „Leipz. Tageblatt“ geschehen sei, denn wer nicht der national-liberalen Partei angehöre, werde von derselben als Reichsfeind verschrien. Nach Beendigung dieses Vortrages versuchten verschiedene Socialdemokraten, welche in großer Anzahl in der Verammlung erschienen waren, Opposition gegen das Zustandekommen der Fortschrittspartei zu machen, ja einer dieser Herren behauptete sogar, es gäbe überhaupt nur zwei politische Parteien, dies wären die sogenannten Reichsfreunde und Socialdemokraten, zu welchen Letzteren eigentlich auch die Fortschrittspartei gehöre. Diesen Auslassungen wurde allerdings entschieden entgegengetreten, doch verursachten die Herren Socialdemokraten so viel Störungen, daß man sich gezwungen sah, den Saal zu verlassen, um im kleinen Saale in Berathung der von dem provisorischen Comite entworfenen Statuten einzutreten.

Der Thierschuhverein hält heute eine Generalversammlung Auguststraße 4, III.

Bei den jetzigen hohen Holz- und Kohlenpreisen ist eine Kochmaschine, welche mit Petroleum geheizt wird, eine außerordentlich nützliche Erfindung. Dieselben eignen sich ganz vorzüglich für kleine Familien, welche mit einem Gerichte versehen nehmen, doch läßt sich bei einiger Praxis Verschiedenes auch darauf kochen. Reis, Graupen, Erbsen, Linsen, Bohnen, nebst dem dazu bestimmten Fleisch, kocht mit ganz geringen Kosten an Petroleum. Wasser zum Kaffee oder Thee kocht in 10 Minuten und genügt ein Schwefelholz, um die Flamme anzubrennen, auch hat man nicht von der strahlenden Wärme, die besonders in der jetzigen Jahreszeit in beschränkten Wohnungen höchst lästig wird, zu leiden. Dabei wird eine Menge von Arbeit erspart. Das Verfahren mit der Kochmaschine ist sehr leicht und begreift es jede intelligente Hausfrau, wie Schreiber be-